

PROTOKOLL

3. Netzwerktreffen des Praxisnetzwerkes der Städte im Verbundvorhaben „Zuwanderer in der Stadt“

am 24. und 25. September 2007 in Hannover

Thema: Partizipation

Darmstadt, den 29.10.2007



(Projektkoordination)



(Protokollantin)

Inhalt:

24. September 2007

1. Vortrag G. Visse: „Partizipation im Rahmen der Sanierung „Soziale Stadt“ Hannover-Mittelfeld.....2
2. Vortrag Dr. I. Beer: „Partizipation von Migranten – Erfahrungen aus dem Berliner Aktionsprogramm ‚Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken‘2
3. Diskussion.....3
4. Talkrunde „Integration trotz Segregation – Chance oder Risiko?“4

25. September 2007

- Abschlussdiskussion.....6

Anwesende:

Cronau, H., Landeshauptstadt Hannover
Danschick, A., Landeshauptstadt Hannover
Fischer, U., Gesellschaft Bauen und Wohnen, Hannover
Fischer-Brühl, B., Stadt Nürnberg
Gingrich, D., Gemeinwesenarbeit Mittelfeld, Hannover
Herberg, W., Sachgebiet Stadterneuerung, Hannover
Hesse, Silvia, Integrationsreferentin, Hannover
John, B., Gesobau, Berlin
Kirchhoff, G., Schader-Stiftung, Darmstadt
Kofink, J., Gesellschaft Bauen und Wohnen, Hannover
Müller, M., Sanierungskommission Mittelfeld, Hannover
Sartorius, A., Treffpunkt der Kulturen Mittelfeld, Hannover
Schildt, G., Gemeinwesenarbeit Mittelfeld, Hannover

Seipp-Berghäuser, M., Schader-Stiftung, Darmstadt
Skowronneck, A., Quartiersmanagement Mittelfeld, Hannover
Spiegel, E., Stadtsoziologin, Heidelberg
Stenzel, T., Gemeinwesenarbeit Mittelfeld, Hannover
Süß, S., Schader-Stiftung, Darmstadt
Visse, G., Sachgebiet Stadterneuerung, Hannover
Voss, G.-R., Expertenforum des Zuwandererprojektes, Hagen
Yergök, A., Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt a.M.

1. Tag

1. Vortrag G. Visse: „Partizipation im Rahmen der Sanierung „Soziale Stadt“ Hannover-Mittelfeld

Die Einrichtung einer Sanierungskommission, in der sowohl Rats- und Bezirksratsmitglieder als auch Bürger in gleicher Anzahl und mit gleichem Stimmrecht vertreten waren, gewährleistete die Beteiligung der Bewohner Mittelfelds während der Sanierung. Um Migranten in die Erstellung eines Freiflächenkonzepts und bei Einrichtung eines Eltern-Cafés einzubeziehen, bereiteten Multiplikatoren - Dozenten der Sprachkurse im Stadtteil, Schulleitung und Migranten aus vorherigen Beteiligungsverfahren - gemeinsam mit dem Quartiersmanagement sowie Vertretern des Sachgebiets Stadterneuerung und der Gemeinwesenarbeit einen Workshop vor. Dieser erbrachte neben Erkenntnissen über die Vorstellungen der Migranten zur Freiflächengestaltung auch Zusagen, weiter mitzuwirken und andere Migranten zu informieren.

Die Power-Point-Präsentation zum Vortrag findet sich unter

2. Vortrag Dr. I. Beer: Partizipation von Migranten – Erfahrungen aus dem Berliner Aktionsprogramm „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“

Hauptanliegen des von Frau Dr. Beer begleitend evaluierten 2006 in Berlin durchgeführten Aktionsprogramms „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ war, der geringen Teilhabe von Migranten im Rahmen einer - auf neun Monate angelegten - Projektförderung durch neue Formen der Aktivierung und Partizipation zu begegnen.

In den Handlungsfeldern Nachbarschaft und Stadtteil, Elternarbeit sowie Jugendbereich sollten drei Ziele verfolgt werden:

- Projektdurchführung in **Tandempartnerschaften** zwischen Migrantenorganisationen und Stadtteilinstitutionen oder in Kooperation mit Migrantenorganisationen
- **Interkulturelle Öffnung** von Einrichtungen und Institutionen im Stadtteil, gewährleistet durch Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, „Willkommensatmosphäre“ und lebensweltorientierte Programmangebote
- **Aktiver und partizipierender Status** der Migranten.

Migrantenorganisationen konnten aufgrund größerer Nähe und entgegengebrachtem Vertrauen Zielgruppen unterschiedlicher Netze in Beteiligungsprozesse hineinbringen.

Kontakte der **Tandempartner** überdauerten erfahrungsgemäß die Projektdauer und trugen dazu bei, durch Schulungen Multiplikatoren aus dem Kreis der Migranten zu gewinnen. Vor allem auf Kulturebene gelang es mit Hilfe der Tandemkonstruktion, Prozesse der **interkulturellen Öffnung** von Einrichtungen in Gang zu setzen - sowohl durch niedrigschwellige Angebote wie Raumnutzung als auch höherschwellige wie zum Beispiel mehrsprachig angebotene Musikpädagogik.

Das Ziel der **Aktivierung** wird vor allem auf Stadtteilebene eher durch persönliche Ansprache und Einzelkontakte erreicht. Es beinhaltet die oft unterschätzte Aufgabe, das Angebot den Bedürfnissen der Teilnehmer anzupassen, ohne sich lediglich an einem Hilfgedanken zu orientieren. Diesem Paradigmenwechsel hin zu einer Ressourcenperspektive entsprechend zielt Aktivierung auf Beteiligung und schließlich auf Selbstorganisation. Dem liegt die Erfahrung zugrunde, dass Menschen für Veränderungen und Verbesserungen eintreten *wollen*, wenn Themen ihnen wichtig sind, und es mit Unterstützung auch *können*.

Im Handlungsfeld **Nachbarschaft und Stadtteil** wirkten vor allem während der „Lesewoche in Neukölln“ viele aktiv an der Durchführung von Veranstaltungen mit und erreichten damit 7 000 Besucher.

Erfahrungen mit Aktivierung im Bereich **Elternarbeit** zeigten, dass zum einen bei angebotenen Elternkursen eine starke Sprachgebundenheit ungünstig ist und zum anderen zur Einbeziehung der Väter neue Formen des Zugangs gefunden werden müssen.

Um **Jugendliche** an einer aktiven Beteiligung zu interessieren, führten ein baldiger Projektstart, professionelles und zugleich selbstorganisiertes Arbeiten, Außendarstellungswirkung und Anerkennung in Form einer Aufwandsentschädigung oder durch Teilnahmezertifikate zu einem positiven Effekt. Beim Projekt „Lebenswege“ erarbeiteten junge Migranten, die über ihre Schulen angesprochen wurden, im Museum für Kommunikation eine Ausstellung über die Herkunftsgeschichte ihrer Eltern und übernahmen nach einer entsprechenden Ausbildung die Führungen.

Für 2008 ist in Berlin ein auf zwei Jahre angelegtes Aktionsprogramm zum Thema männliche Jugendliche und Gewalt geplant.

Die Power-Point-Präsentation zum Vortrag findet sich unter

3. Diskussion:

Zur Stärkung der Partizipation im Rahmen stadträumlicher Integration erweist sich eine auf Mitarbeit in Gremien gerichtete Mobilisierung von Migranten aufgrund der Erfahrungen der Teilnehmer als weniger günstig. So können für die Mitwirkung in Ausländerbeiräten eher Migrantenvereine gewonnen werden, deren Präsenz im Stadtteil jedoch von Zufällen abhängt. Von Nachteil ist auch der – mit Ausnahme der etwas mitgliederstärkeren Moscheevereine – geringe Organisationsgrad in Reihen der Migranten. Damit fehlen auch geeignete Partner für eine Tandemlösung.

Auf Einzelpersonen gerichtete stadtteilorientierte Ansätze gelten als vielversprechender, vor allem wenn

- Menschen in ihrer Eigenschaft als Bürger und zu den damit verknüpften Funktionen, etwa als Mieter, Eltern von Schülern oder als Arbeitslose, angesprochen werden

- Themen naheliegend sind und die Adressaten unmittelbar betreffen, wie Gesundheit, Sprachförderung für Kinder, Übergang in das Berufsleben, Qualifizierungsmaßnahmen, die zur Anerkennung einer im Herkunftsland absolvierten Ausbildung führen, oder Berufsbildung unter Einbeziehung von Betrieben aus dem Quartier
- Verbesserungen wie zum Beispiel Sanierungsmaßnahmen konkret sichtbar sind
- Projekte sowohl inhaltlich als auch zeitlich begrenzt sind
- die Ansprache direkt oder im Wege der Mund-zu-Mund Propaganda erfolgt und nicht mittelbar durch Aushänge oder Flyer
- eine gute Vorbereitung, auch unter Bereitstellung von Übersetzern, stattfindet
- mit dem Projekt ein gewisser Geselligkeitsaspekt einhergeht
- die Verlässlichkeit der Kooperationspartner feststeht sowie Kontinuität und damit Nachhaltigkeit gesichert ist
- bei einer geringeren Beteiligung als erwartet Durchhaltevermögen und Selbstbewusstsein nicht tangiert werden.

In manchen Fällen findet sich keine plausible Erklärung für den ausbleibenden Erfolg von Partizipationsbemühungen. Teilweise stoßen zuvor angeforderte konkrete Themen überraschend auf Desinteresse. So nahmen Mieter in Hannover-Mittelfeld, die zunächst Interesse an einer Mitentscheidung über die Neubelegung freigewordener Wohnungen äußerten, das Beteiligungsangebot dann nicht mit der entsprechenden Intensität an.

Migranten mit Kenntnissen und Fähigkeiten, die auch für nicht Zugewanderte relevant sind, als Gebende in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen, trägt zur Wertschätzung bei, die Zuwanderer oft vermissen. Dagegen kann ein Grund für deren Rückzug in Ungleichbehandlung begründet sein, beispielsweise Expertenwissen ehrenamtlich einbringen zu sollen, während Einheimische in gleicher Situation eine Honorierung erhalten.

An einer generellen Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung, Bemühungen zur Aktivierung von Migranten zu würdigen, bestehen jedoch Zweifel. Diesbezügliche zu hohe Erwartungen werden auch leichter enttäuscht.

In der an einen Rundgang durch das Sanierungsgebiet Hannover-Mittelfeld anschließenden Fortsetzung der Diskussion wird klargestellt, dass das Programm „Soziale Stadt“ die Sozialstruktur eines Stadtteils nicht beeinflussen und Segregation nicht verhindern kann. Beobachtet werden indessen positive Auswirkungen für das Image des Stadtteils. Mit präventivem Ansatz können „Soziale Stadt“- Maßnahmen einen in die Jahre gekommenen Stadtteil vor dem „Kippen“ bewahren.

Deutliche Veränderungsprozesse ermöglichen „Problemstadtteilen“ breiteren Zuspruch. So wurde im Hannoveraner Stadtteil Varnheide die Hochhausbebauung aus den fünfziger bis siebziger Jahren teilweise durch Einfamilienreihenhausbebauung ersetzt. Auch Migranten aus dem Stadtteil zählten zu den Erwerberrn.

4. Talkrunde mit Experten

“Integration trotz Segregation – Chance oder Risiko?“

Teilnehmer:

Dieter Cordes, Geschäftsführer der Gesellschaft Bauen und Wohnen (GBH) Hannover
Brigitte Fischer-Brühl, Stadt Nürnberg
Dr. Ing. Klaus Habermann-Nieße, Vorstandsvorsitzender Wohnbund
Manfred Müller, Ratsherr, Vorsitzender der Kommission Sanierung Mittelfeld
Thomas Schwarzer, Institut für Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen
Prof. Dr. Barbara Zibell, Institut für Architektur- und Planungstheorie, Forum für Gender-Kompetenz in Architektur Landschaft Planung, Leibniz Universität Hannover

Moderatoren:

Naciye Celebi-Bektas (Dipl. Sozialökonomin)
Théodore Thonga (Student der Soziologie und Romanistik)

In ihrer Begrüßung weist die Stadtbezirksbürgermeisterin von Döhren-Wülfel, Frau Ranke-Heck, auf die besondere Chance für eine gute Integration hin, die ein Stadtteil wie Hannover-Mittelfeld mit seinen Migranten aus siebzig unterschiedlichen Nationen bietet. In Anbetracht der prekären sozialen Lage vieler benötigte der Stadtteil weiterhin Unterstützung durch Kommune und Wohnungswirtschaft.

Die Teilnehmer der Gesprächsrunde werten **Segregation** als normales Phänomen, wobei entschieden werden muss, inwieweit deren Ausmaß im Einzelfall noch akzeptabel ist. Die generelle Situation in Deutschland erfordert – im Unterschied zur Lage in einzelnen Gebieten oder Straßenzügen – keine die Segregation begrenzenden politischen Maßnahmen.

Ob Segregation für das Gelingen der Integration eine Rolle spielt, hängt nach Herrn Habermann-Nieße damit zusammen, inwieweit Segregation selbstgewählt oder erzwungen ist und die Grenzen zwischen den Stadtteilen durchlässig sind. Zur Beschreibung der stadträumlichen Situation greift man, so ein Ansatz der Stadtsoziologie, nicht mehr auf das Bild vom egalisierenden „melting pot“ mit einer erzwungenen Durchmischung der Ethnien, sondern das einer „salad bowl“ zurück, in der quasi jedes Salatblatt in seiner Form erhalten bleibt.

Auch unabhängig von Zuwanderung, so Frau Zibell, findet durch Schichten, Milieus und Bildungsstand verursachte Segregation statt, die beispielsweise dann zum Problem wird, wenn Jugendliche aufgrund Arbeits- und Perspektivlosigkeit auffallen. Sie beschreibt Desintegration als weitere, von Ablehnung, Angst vor dem Fremden, Aggressivität oder Kriminalität begleitete Erscheinung.

Die **Bedeutung kommunaler Gremien** für die Förderung der Integration wird in der Gesprächsrunde unterschiedlich eingeschätzt. Ausländerbeiräten gelang vor allem, so Frau Fischer-Brühl, Themen wie die Situation älterer Migranten zu installieren und auch die Sensibilität in der Bevölkerung zu steigern, Ausländer wahrzunehmen bzw. nicht mehr ausschließlich als Problem wahrzunehmen. Ein Integrationsbeirat bezieht darüber hinaus auch die Gruppe der Aussiedler mit ein und gilt als zukunftsfähigeres Modell. Im Stadtteil ist nach Beobachtung Herrn Müllers teilweise der Kontakt zu nicht organisierten Personen erfolversprechender, die Kontinuität der Ansprechpartner jedoch nicht immer gewährleistet.

Im Kontext **Segregation und Wohnsituation** betont Herr Cordes den allgemeinen Auftrag der kommunalen Wohnungsunternehmen, diejenigen mit erschwertem Zugang zum

Wohnungsmarkt zu versorgen. Abgesehen von der Belegungsbindung für öffentlich geförderte Wohnungen steuert die GBH die Vergabe jedoch nicht. Im Hinblick auf die Integration im Quartier hat sich eine Mitzuständigkeit der Wohnungsbaugesellschaften entwickelt, die über die früheren Aufgaben – Wohnungsbestand errichten und pflegen – hinausgeht.

Wohnprojekte können förderlich für Integration sein, wenn sie genossenschaftlich organisiert innenstadtnah mit umfangreicher Selbsthilfe und –finanzierung agieren.

Im **Bildungsbereich** sind ausgleichende städtische Maßnahmen nach Einschätzung Herrn Schwarzers dann erforderlich, wenn Integrationsbedarf und Armutsproblematik zusammentreffen. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung kommt der Arbeit in Kindergärten und Schulen – Orte, an denen man sich nicht aus dem Weg gehen kann – Priorität zu.

Aus dem Kreis der Zuhörer wird die Erwartung geäußert, aufgrund der demographischen Entwicklung werde die Bedeutung von Zuwanderung künftig deutlicher wahrgenommen. Zur Zeit fehle es an wirklichem Interesse für diese Menschen, die sich folglich geradezu als Störenfried empfänden. Um Brücken aus den Stadtteilen heraus zu bauen, bestehe das Erfordernis quartiersbezogener sozialer Netze.

Aber auch die Ängste der aufnehmenden Gesellschaft müssten beachtet und ernstgenommen werden. Ziel sei, deren Gründe in Erfahrung zu bringen und geeignete Mittel zur Konfliktbearbeitung zu finden.

Zum Abschluss der Diskussion äußern die Moderatoren ihre Erwartung an Migranten – in Hannover zum Beispiel konkret durch Mitarbeit am entstehenden kommunalen Integrationsplan – stärker zu partizipieren.

2. Tag

Abschlussdiskussion

Die abschließende Besprechung im Kreis der Teilnehmer des Praxisnetzwerkes bezieht sich auf drei Themenkomplexe:

Zukünftige Arbeit und mögliche Erweiterung des Praxisnetzwerkes

Das Praxisnetzwerk als nützliche Institution, an die hohe Erwartungen geknüpft sind, sollte fortgesetzt und um weitere Städte vergrößert werden, auch um politischer Praxis einen „externen Referenzpunkt“ zu bieten. In Fachgesprächen auf einer unteren Praxisebene, z.B. durch Stadtteilkoordinatoren, liegt der Vorteil, zusätzlich Qualifizierungsprozesse in Gang zu setzen. Die Zugehörigkeit der Praxisnetzwerkteilnehmer zu unterschiedlichen Ressorts erschwert für manche den Erfahrungsaustausch, andere schätzen dies als bereichernd.

Für die Städte empfiehlt sich, bereits im Vorfeld das jeweilige Treffen thematisch vorzubereiten, den Informationsfluss hin und zurück sicherzustellen und mehr als einen Vertreter zu entsenden. Bei nur einem Delegierten pro Stadt ist dort eine Rückkoppelung erforderlich, die zum Beispiel allein durch die Integrationsbeauftragten nicht geleistet werden kann.

Frau Spiegel sieht große Städte in Zukunft um Migranten konkurrieren, auch da aktuell zu-

grunde gelegte Zuwanderergrößen effektiv nicht vorhanden sind. Sie schlägt vor, die Fragestellungen des Praxisnetzwerkes um das Thema „Attraktivität für zukünftige Zuwanderer“ zu ergänzen. Eine Bemühung der Städte um Zuwanderung, auch aus dem Umland, ist schon jetzt festzustellen. In Zeiten knapper Kassen, so Frau Fischer-Brühl, können arme Zuwanderer es sich nicht mehr leisten zu kommen, während höherqualifizierte umworben werden.

Internetforum als mögliche Form der Weiterarbeit

Ein Internetforum zur Verbreitung „Guter-Praxis Beispiele“ kann, so der Vorschlag seitens Frau Süß, eine Form der Weiterarbeit sein, deren Finanzierung aber noch geklärt werden muss.

Wegen der Menge der Informationen benötigt ein solches Internetforum nach Ansicht Herrn Müllers zumindest eine Suchmaschine, besser ein „Expertensystem“ mit dem Vorteil, nicht nur Kriterien zu nennen, sondern Hinweise Problemlösung zu geben, Grundbausteine für Projekte oder Vorlagen sowie Argumentationshilfen zu liefern. In den Städten soll ohne die Anschaffung neuer Server von jedem Arbeitsplatz aus Zugriff auf die Daten bestehen, auf Seiten der Nutzer möglichst wenig Zusatzarbeit erforderlich sein und besonders der Aufwand für Aktualisierungen sich in Grenzen halten.

Themenvorschlag für das nächste Treffen des Praxisnetzwerkes: Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil und ihre Chancen, gesellschaftliche Teilhabe zu erwerben – unter besonderer Berücksichtigung der Situation gewaltbereiter Jugendlicher

Frau Kirchhoff schlägt vor, über einen direkten Erfahrungsaustausch hinausgehend, dieses Thema im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Workshops zusammen mit dem Deutschen Städtetag und mehreren zusätzlich eingeladenen Städten zu bearbeiten. Organisiert als Gemeinschaftsprojekt der Netzwerkstädte können nach Vorstellung Herrn Visses in verschiedenen Städten verschiedene Projekte quasi ausprobiert werden. Ein Partnerschaftsvertrag der Städte kann die erforderlichen personellen Ressourcen regeln und auch als interne Legitimation der Kommunen dienen.

Im Kontext des Themenbereichs „gewaltbereite Jugendliche“ wird beobachtet, dass kriminelle Karrieren sich trotz unterschiedlich strukturierter Sicherungssysteme in den Kommunen ähneln. Frau Spiegel macht auf die Gruppe der Zuwanderer mit unauffällig gelungener Integration aufmerksam, über die zu wenig bekannt ist.

Der vierte Workshop des Praxisnetzwerkes wird - gegebenenfalls auf einen Tag begrenzt - in Frankfurt mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten ausgerichtet.¹ Bei dieser Gelegenheit kann über die zukünftige Arbeitsstruktur ebenso entschieden werden wie über die Frage, welche Städte eingeladen werden sollten. Frau Spiegel betont, wie wichtig die Einbeziehung Berlins ist.

Frau Süß schlägt abschließend vor, einen Tag des Treffens für inhaltliche Arbeit vorzusehen, auch um neu dazukommenden Städten die Vorgehensweise zu demonstrieren, und am Folgetag die zukünftige Arbeitsstruktur zu besprechen.

¹ Nach Absprache mit der Stadt Frankfurt soll der Praxisworkshop nicht, wie zunächst geplant, im Dezember, sondern im Januar durchgeführt werden.

